



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Bayerische Interessen schützen – Hände weg von der öffentlichen Daseinsvorsorge und zentralen Schutzstandards bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/USA (TTIP)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass folgende in der EU und deren Mitgliedstaaten geltende Standards im Zuge der Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) nicht angetastet werden dürfen:

- Öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung,
- Zuständigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr,
- Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte,
- Umweltstandards,
- Verbraucherschutzstandards und Standards zur Lebensmittelsicherheit,
- EU-Datenschutzstandards,
- Schutz der öffentlichen Gesundheit,
- Zuständigkeit der regionalen Gebietskörperschaften für kulturelle und regionale Vielfalt.

Ferner gilt es sicherzustellen, dass die Souveränität der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und deren Rechtsordnungen nicht durch sog. Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismen unterlaufen werden.

Begründung:

Aufgrund der – neben den angenommenen positiven ökonomischen Faktoren – möglichen negativen Auswirkungen des TTIP-Abkommens für die EU-Mitgliedstaaten und weit verbreiteter Befürchtungen in der bayerischen Bevölkerung, wesentliche soziale und ökologische Standards und politische Regelungen der EU könnten durch die TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA gefährdet sein, ist es notwendig, dies prinzipiell auszuschließen.



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Bayerische Interessen schützen – Initiativen zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge im Rahmen der TTIP-Verhandlungen (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu berichten, welche Initiativen auf Landes-, Bundes- wie auch auf europäischer Ebene zu welchem Zeitpunkt eingeleitet wurden oder werden, um die öffentliche Daseinsvorsorge und deren Organisation vor Zugriffen – etwa über eine Liberalisierung öffentlicher Auftragsvergabe – im Zuge der Verhandlungen der EU mit den USA über ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zu schützen.

Begründung:

Die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger von besonderem Interesse. Die breite gesellschaftliche Diskussion über die Herausnahme der Trinkwasserversorgung – als eine der Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge – aus dem Anwendungsbereich der EU-Konzessionsrichtlinie hat dies erst kürzlich gezeigt. Da es auf EU-Ebene diesbezüglich bislang keine expliziten Regelungen gibt, sind Verhandlungen über die Liberalisierung von Daseinsvorsorgeleistungen weiterhin möglich und gewinnen im Rahmen der laufenden TTIP-Verhandlungen erneut an Brisanz. Initiativen zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und der kommunalen Selbstverwaltung sind daher von Seiten des Bayerischen Landtags und der Bayerischen Staatsregierung umgehend und umfassend zu nutzen.



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Bayerische Interessen schützen – Aktueller Stand der Verhandlungen und Ablauf weiterer Verhandlungsrunden zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über den aktuellen Stand und den vorgesehenen Ablauf der weiterführenden Verhandlungen zum transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) zu berichten, insbesondere über folgende Fragen:

1. Welche Inhalte wurden bisher in welchem Umfang verhandelt und mit welchem (vorläufigen) Ergebnis?
2. Welche konkreten Termine bzw. Verhandlungsrunden und jeweilige Verhandlungsgegenstände sind für die weiteren Verhandlungen angesetzt?
3. Wer sind auf Seiten der EU und der USA die Verhandlungsführer und die an den Verhandlungen beteiligten Personen (inkl. Zuordnung der Zuständigkeiten nach Themen- bzw. Verhandlungsbereichen)?
4. Welches bayerische Staatsministerium ist federführend zuständig für das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA und inwieweit sind Vertreter der bayerischen Staatsregierung in die Verhandlungen (indirekt) eingebunden?

Begründung:

Eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft der EU mit den USA hätte nach bisherigen Informationen auch weitreichende Auswirkungen für Bayern und die bayerischen Kommunen. Da in den kommenden TTIP-Verhandlungsrunden spezifische inhaltliche Verhandlungen geführt werden, besteht ein erhöhtes öffentliches Interesse an Verhandlungsterminen, -inhalten und -ergebnissen. Es ist daher unter anderem erforderlich, im Verhandlungsumfeld – auch aufgrund der im Detail nicht-öffentlichen Verhandlungen – für größtmögliche formale wie materiale Transparenz und einen kontinuierlichen Informationsfluss zu sorgen.



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Bayerische Interessen schützen – Bewertung des Verhandlungsmandats der EU-Kommission zur TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und des Final Reports der United States-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth (HLWG) in Bezug auf die öffentliche Versorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über folgendes zu berichten:

1. Ist der Staatsregierung der Inhalt des EU-Verhandlungsmandats im Wortlaut bekannt? Wenn ja, wie beurteilt die Staatsregierung die im Verhandlungsmandat der EU-Kommission enthaltenen Formulierungen zur öffentlichen Versorgung bzw. kommunalen Daseinsvorsorge und welche aktiven Schlüsse werden von Seiten der Staatsregierung daraus gezogen?
2. Trifft es zu, dass die TTIP-Verhandlungen unter anderem auf der Basis des Final Reports der HLWG geführt werden? Wenn ja, wie beurteilt die Staatsregierung diese Verhandlungsgrundlage im Hinblick auf mögliche Konsequenzen für die kommunale Selbstverwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge?

Begründung:

Das der EU-Kommission an die Hand gegebene Verhandlungsmandat und der Final Report der United States-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth werden unter anderem als Ausgangsbasis für die Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA genannt. Die im Mandat und dem Final Report enthaltenen Formulierungen sind demnach von größter Bedeutung für die Verhandlungsführung zu einem TTIP-Abkommen und bedürfen einer transparenten Bewertung durch die Staatsregierung. Ziel muss sein, die Interessen und Werte der bayerischen Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf explizite Verhandlungsinhalte, wie der kommunalen Daseinsvorsorge, bereits frühzeitig und aktiv zu vertreten und schützen zu können.